

# AUSTRALIEN

Die Krise ist überwunden und die Erholung kommt schneller als erwartet: Regierung, Unternehmer und Wirtschaftsfachleute in Australien sind erleichtert. Den einzigen Irrtum, den sie sich zurzeit zugestehen ist, die Kapazität der einheimischen Volkswirtschaft zur Erholung nach der Krise unterschätzt zu haben. Zwar wird für dieses Jahr mit einem nur sehr geringen Wachstum von einem halben Prozent gerechnet, doch für nächstes Jahr werden mehr als zwei Prozent und für die Jahre ab 2011 Wachstumsraten von über vier Prozent erwartet.

Auch in Australien scheint die Krise, ebenso wie in den meisten Ländern Asiens, vor allem eine Krise des Vertrauens gewesen zu sein. Auf dem grünen Kontinent greift die Zuversicht wieder um sich: Die Banken sind intakt, die Arbeitslosigkeit hat kaum zugenommen und der Immobilienmarkt ist stark. Das Vertrauen ist zurückgekehrt. Auch wenn die Exportmärkte in den USA und Europa noch nicht wieder konsolidiert sind hat das die einheimische Dynamik nicht aufgehalten. Dem chinesischen Konjunkturprogramm schreibt man zu, dass Australien eine Zunahme seiner Exporte erlebte. Auch profitiert das Land von einem neuerlichen Anstieg der Rohstoffpreise. Zudem kommt der Volkswirtschaft das Konjunkturprogramm zugute, das die australische Regierung auflegte. Nach Meinung von Finanzminister Ken Henry verfügt Australien über die besten Qualitäten der entwickelten Welt – gute Regierungsführung und Flexibilität – und bietet zugleich einen Vielzahl von Investitionsmöglichkeiten vergleichbar denen von Entwicklungsländern. Das Land erwartet daher einen ständigen Zufluss internationaler Direktinvestitionen. Angesichts soviel Zuversicht

wächst auch das Selbstbewusstsein auf der internationalen Bühne.

## AUSTRALIEN UND DIE G20

Australien ist ein Gründungsmitglied der G20, die als Forum für Finanzminister und Zentralbankpräsidenten entstand. Die Erweiterung des G-20-Prozesses wird von Australien nachdrücklich gefördert, weil es darin einen idealen Rahmen sieht, um seine Stimme in der internationalen Diskussion über globale Ordnungsfragen hörbar zu machen.

Während des Gipfeltreffens im November 2008 in Washington übernahm Australien eine herausgehobene Funktion innerhalb des G20-Prozesses, als dem Land der Co-Vorsitz der Arbeitsgruppe übertragen wurde, die Vorschläge für eine Reform des IWF erarbeiten sollte. Der australische Premierminister Kevin Rudd, der ohnehin um eine größere internationale Präsenz seines Landes bemüht ist, hat diese Position genutzt, um sich aktiv für eine stärkere Rolle der Entwicklungsländer und insbesondere Chinas im IWF einzusetzen. Dies betrifft sowohl die Einlagen dieser Länder als auch ihre Stimmrechte.

China hatte und hat in Rudd einen besonderen Fürsprecher. Der australische Premierminister spricht fließend Mandarin und die Vertiefung der Beziehungen zwischen seinem Land und China ist ein Eckstein seiner Außenpolitik. Sein Eintreten für größere Mitspracherechte Chinas im internationalen System hat sich auch dadurch nicht grundsätzlich geändert, dass im Juni 2009 der Landeschef China des australischen Minenkonzerns Rio Tinto in Peking wegen des Vorwurfs der aktiven Bestechung im Zusammenhang mit öffentlichen Aus-

schreibungen verhaftet wurde. Dies hat die bilateralen Beziehungen zwar belastet, doch die australische Regierung ist deutlich darum bemüht, diesen Vorgang nicht als Anlass für einen politischen Konflikt zu nehmen. Die Angelegenheit soll auf der rechtlichen Ebene ausgetragen werden, was vorrangig in die Zuständigkeit des betroffenen Unternehmens selbst fällt.

Im Frühjahr 2009, vor dem G20-Gipfel in London, hatte sich Premierminister Rudd gegenüber dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama dafür eingesetzt, dass China mehr Stimm- und Mitspracherechte im IWF erhalten sollte. In der gegenwärtigen IWF-Struktur hat China, die drittgrößte Volkswirtschaft der Erde, einen Stimmenanteil von 3,7 Prozent und damit weniger als Deutschland (sechs Prozent) und Großbritannien (4,9 Prozent). Die USA haben 17 und die EU-Länder zusammen 32 Prozent. Indien verfügt nur über 1,9 Prozent. Nach Ansicht von Premier Rudd könnte die Stimmrechtserhöhung für China dazu beitragen, dass der IWF in Krisensituationen früher interveniert.

Beim Gipfeltreffen in Pittsburgh sind aus australischer Sicht vor allem zwei Fragen von Bedeutung: Einerseits die Strategie eines koordinierten Ausstiegs aus den Konjunkturprogrammen und den damit zusammenhängenden Garantien für Banken. Australien bewertet den Fall als sehr problematisch, dass gegebenenfalls nur einige Länder ihre Garantien zurückziehen, andere diese aber beibehalten. Die australische Volkswirtschaft gilt als stark genug, um ihre Garantien nun auslaufen zu lassen. Doch man weiß auch, dass diese Situation nicht für alle Teilnehmerländer des G20-Gipfels gilt. Allerdings befürchtet man durch die Beibehaltung der Garantien und Konjunkturprogramme Wettbewerbsverzerrungen unter anderem zu Lasten Australiens.

Im Hinblick auf das erneut auf der Gipfelagenda stehende Thema einer Reform des IWF hat Australien bereits deutlich gemacht, dass es an seiner Unterstützung für eine Stärkung der Position Chinas festhält.

Die Begrenzung der Gehälter von Bankmanagern spielt in der politischen und öffent-

lichen Debatte Australiens im Hinblick auf den Gipfel in Pittsburgh keine Rolle.

## **G20 ALS FORUM FÜR GLOBAL GOVERNANCE**

Für Australien ist die G20 nicht nur ein wichtiges Forum für Diskussionen und Entscheidungen im Hinblick auf globale Wirtschaftsfragen, sondern auch für Debatten im größeren Zusammenhang einer Global Governance. Der G20-Prozess garantiert dem Land einen Platz am Tisch „Großen“. Die G7 oder auch die G8 gilt demgegenüber bei australischen Regierungsvertretern und Kommentatoren als zu exklusiv, um noch wirklich Entscheidungen für globale Ordnungsfragen durchsetzen zu können.

Australien setzt sich für eine gewichtigere Rolle der Schwellen- und Entwicklungsländer in diesen Foren ein, weil dadurch auch das eigene Gewicht gestärkt wird. Deshalb ist man in Canberra an einer Konsolidierung der G20 interessiert. Diese gilt als wesentlich besseres Instrument für die Behandlung globaler Fragen als ein sogenannter UN-Wirtschaftsrat, dessen Gründung im Juni 2009 von einem UN-Beraterkreis unter Vorsitz von Josef Stiglitz vorgeschlagen wurde. In Australien fürchtet man, ein solcher Wirtschaftsrat würde nur der üblichen bürokratischen Ineffizienz der Vereinten Nationen anheim fallen. Zudem wäre dann die Stimme Australiens im internationalen Konzert über Wirtschaftsfragen wieder nicht zu hören.

Im Vorfeld des Pittsburgh-Gipfels hat die australische Regierung eine weltweite Kampagne begonnen, um sicherzustellen, dass die Stimme des Landes bei der Diskussion über eine neue Weltordnung hörbar ist. Minister der Regierung sind seit Wochen rund um den Globus unterwegs, um in Lateinamerika, Indien, China, Russland und den USA die bestehenden Beziehungen auszubauen und neue Beziehungen zu knüpfen. Premierminister Rudd selbst hat in diesem Zusammenhang im August 2009 gegenüber dem amerikanischen Präsidenten Obama noch einmal das Interesse seines Landes an einer stärkeren Integration der wichtigsten Schwellenländer in die Diskussion um globale Ordnungsfragen betont. Auf dem Weg zur UN-General-

versammlung in New York im September 2009 will er noch Mexiko und Brasilien besuchen, um sich mit den Regierungschefs dieser Länder abzustimmen. Mit dem brasilianischen Präsidenten Lula da Silva pflegt Rudd anscheinend einen kontinuierlichen Meinungs austausch. Wichtige Kabinettsmitglieder waren zuletzt in Indien, Brasilien, Chile, China, Russland und Peru, um gemeinsame Positionen zu globalen Ordnungsfragen zu diskutieren. Neben der G20 nutzt Australien unter anderem auch seine Mitgliedschaft in der APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) als Forum für eine Abstimmung mit dieser Staaten- gruppe. Der Begriff der „Mittelmächte“ (*middle powers*) spielt in Australien in jüngster Zeit eine besondere Rolle. Sowohl von der Regierung als auch von Think Tanks und Forschungsinstituten wird unter diesem Konzept in Australien nach Interessen im Hinblick sowohl auf die Außenbeziehungen als auch nach gemeinsamen Positionen hinsichtlich der globalen Ordnungsthemen gefragt.

Die Erarbeitung von Interessenidentitäten hat dazu geführt, dass Australien in jüngster Zeit damit begonnen hat, seine Beziehungen sowohl zu Lateinamerika – hier insbesondere zu Brasilien – als auch zu Indien deutlich zu intensivieren. Außenminister Smith hat dazu kürzlich erklärt: „Australien, das traditionell nach Asien und dem Pazifik schaute, blickt nun deutlich weiter und wir sehen ein enormes Potential in unserem Engagement in Südamerika. Deshalb arbeiten wir hart daran, dieses Engagement zu bestärken“ (zitiert nach *The Australian*, 10.09.2009). Die G20 ist nach Meinung des Außenministers eine internationale „Schlüsselinstitution“ und er hofft, in Zusammenarbeit mit Brasilien eine breitere Agenda für dieses Forum durchzusetzen.

Auch wenn sich nach jüngeren Verlautbarungen aus Washington das G20-Treffen in Pittsburgh zu 80 Prozent mit den Folgen der globalen Finanzkrise auseinandersetzen soll, ist deutlich erkennbar, dass Australien – ebenso wie andere Schwellenländer – diesen Rahmen nutzen und ausbauen wollen, um über globale Ordnungsfragen mitzusprechen und mit zu entscheiden. Der G7- bzw. G8-Prozess hat für diese Ländergruppe wegen seiner Exklusivität an

Relevanz verloren. Deutschland und die Europäer müssen sich darauf einstellen und gegebenenfalls nach neuen Abstimmungs- und Kooperationsformen mit den „Mittelmächten“ suchen.

*Dr. Wilhelm Hofmeister  
Regionalprogramm Politischer Dialog Asien  
KAS-Auslandsbüro Singapur*